

Gefangene der Ungerechtigkeit: Wie Israels Haftsystem und die Geiselstrategie der Hamas einen Kreislauf des Leidens aufrechterhalten

Der anhaltende Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern spiegelt sich tragisch in einem Kreislauf von Gefangenen wider: dem israelischen System willkürlicher Inhaftierung, Folter und Entmenslichung von Palästinensern und der Geiselnahme durch die Hamas als Reaktion darauf. Beide Praktiken verursachen unermessliches Leid. Palästinenser leben unter der ständigen Bedrohung, in ein System ohne rechtsstaatliche Verfahren zu verschwinden, während Israelis um ihre von bewaffneten Gruppen festgehaltenen Angehörigen trauern. Das Ergebnis ist ein endloser Kreislauf aus Trauma, Wut und Radikalisierung.

Dieser Kreislauf hätte unterbrochen werden können – zuletzt durch verhandelte Vereinbarungen im Oktober 2023, die Gefangene auf beiden Seiten hätten freilassen können. Doch die israelische Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, gedrängt von extremistischen Elementen, entschied sich für Eskalation statt Diplomatie, schob wichtige Verhandler an den Rand und verlängerte das Leid. Die Weigerung, Israels unrechtmäßiges Haftregime zu beenden und diplomatische Kanäle abzulehnen, verfestigte die Spirale des Schmerzes.

Israels Haftregime: Institutionalisierte Ungerechtigkeit

Seit 1967 setzt Israel administrative Haft und Militärgerichte in den besetzten palästinensischen Gebieten als Kontrollinstrumente ein. Diese Mechanismen operieren völlig außerhalb internationaler Rechtsnormen. Palästinenser können auf unbestimmte Zeit ohne Anklage oder Gerichtsverfahren inhaftiert werden, basierend auf geheimen Beweisen, ohne effektive Möglichkeit der Berufung. Militärgerichte, mit einer Verurteilungsquote von nahezu 99,7 %, fungieren als Instrumente der Zwangsmaßnahmen, nicht der Gerechtigkeit. Diese Praktiken verstoßen direkt gegen die **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Artikel 9 und 10)**, den **Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Artikel 9 und 14)** und die **Vierte Genfer Konvention (Artikel 64–66)**.

Folter und Misshandlung sind systematisch. Zahlreiche Berichte von UN-Gremien und Menschenrechtsorganisationen dokumentieren den Einsatz von Schlägen, Stresspositionen, Waterboarding, Elektroschocks, sexueller Demütigung und Vergewaltigung mit Gegenständen. Ein Bericht von 2015 verzeichnete mindestens 60 Fälle von sexualisierter Folter zwischen 2005 und 2012. Diese Handlungen verstoßen sowohl gegen die **Konvention gegen Folter (Artikel 1 und 16)** als auch gegen **Artikel 7 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte**, die Folter unter allen Umständen verbieten.

Seit dem 7. Oktober 2023 haben diese Misshandlungen dramatisch zugenommen. Bis August 2024 starben mindestens 53 palästinensische Gefangene in Haft, viele mit Anzeichen von Folter. Kinder ab 14 Jahren wurden gezwungen, sich nackt auszuziehen und erniedrigend behandelt. In der Tat werden Palästinenser unter solchen Bedingungen nicht nur ihrer Freiheit, sondern auch ihrer Menschlichkeit beraubt. Angesichts der systematischen Natur und der Absicht, Druck auf die Zivilbevölkerung auszuüben, erfüllen diese Handlungen wohl die Definition von Geiselnahme gemäß der **Internationalen Konvention gegen die Geiselnahme von 1979**, die die Inhaftierung von Personen unter Androhung von Verletzung oder Tod umfasst, um eine dritte Partei – in diesem Fall die palästinensische Gesellschaft – zu Handlungen zu zwingen.

Psychologische Verwüstung in der palästinensischen Gesellschaft

Das Trauma, das durch willkürliche Inhaftierung verursacht wird, reicht weit über die Gefängnismauern hinaus. Familien leben in ständiger Angst, dass ihre Angehörigen – insbesondere Kinder – nachts verschleppt, ohne Kontaktmöglichkeit festgehalten und gefoltert werden. Für viele Palästinenser bedeutet das Wort „Verhaftung“ keinen rechtsstaatlichen Prozess – es bedeutet Verschwinden, Gewalt und möglicherweise Tod. Bis 2024 wurden über 9.500 Palästinenser inhaftiert, was kollektive Angst und Trauer nährt.

Dieses weit verbreitete Leid erzeugt keine Passivität, sondern Widerstand. Familien und Gemeinschaften, verzweifelt nach Antworten, wenden sich oft an die einzigen Akteure, die Einfluss versprechen – bewaffnete Gruppen. Dies ist keine Rechtfertigung für Gewalt, sondern eine Anerkennung der psychologischen Realität: Wenn dein Kind unrechtmäßig inhaftiert, gefoltert wird und die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass du es nie wieder lebend siehst, ist der Instinkt, *alles zu tun*, um seine Rückkehr zu sichern, zutiefst menschlich. Dieser psychologische Imperativ, obwohl keine Rechtfertigung nach internationalem Recht, ist der Schlüssel zum Verständnis der Strategie der Hamas.

Geiselnahme durch die Hamas: Illegitim, aber verständlich

Am 7. Oktober 2023 nahm die Hamas 251 israelische Geiseln, was die Welt schockierte. Die Handlung war illegal und moralisch unhaltbar gemäß der **Geiselnahmekonvention von 1979**, die die Entführung von Zivilisten zur Erzwingung von Regierungsmaßnahmen eindeutig verbietet. Dennoch erfand die Hamas diese Taktik nicht im luftleeren Raum – sie hat historische Präzedenzfälle und eine psychologische Logik.

Der Gefangenenaustausch im Fall Gilad Shalit 2011, bei dem über 1.000 Palästinenser im Tausch gegen einen einzigen israelischen Soldaten freigelassen wurden, verstärkte die Ansicht unter Palästinensern, dass nur Geiselnahmen Ergebnisse liefern. Da das israelische Rechtssystem keinen Weg zur Gerechtigkeit für Inhaftierte bietet, nutzt die Hamas Geiseln als Verhandlungsmasse – eine ethisch verwerfliche, aber politisch effektive Strategie. Nochmals, es geht nicht darum, die Handlung zu verteidigen, sondern ihre Wurzel zu kon-

frontieren: eine Gesellschaft, die brutalisiert wurde, um zu glauben, dass Diplomatie und Legalität keinen Wert haben.

Die moralische und rechtliche Gleichheit liegt daher nicht in den Methoden – Geiselnahme und Inhaftierung – sondern in ihrer zugrunde liegenden Illegalität und dehumanisierenden Wirkung. Israels willkürliche Inhaftierung und die Geiselnahme durch die Hamas stellen beide Verstöße gegen das Völkerrecht dar und zielen beide auf Zivilisten ab. Die eine ist staatlich sanktioniert, routinemäßig und in juristischer Bürokratie verhüllt; die andere ist spektakulär und unmittelbar. Doch beide sind Teil desselben Kreislaufs aus Zwang, Trauma und Verzweiflung.

Geteiltes Leid

Die Trauer auf israelischer Seite ist tief. Familien von Geiseln ertragen quälende Unsicherheit, unfähig zu wissen, ob ihre Angehörigen am Leben sind, geschweige denn wann oder wie sie zurückkehren. Ihr Schmerz spiegelt den von palästinensischen Familien wider, die dasselbe Fehlen, dieselbe Angst und Hilflosigkeit unter einem anderen Namen erleben: „administrative Haft“.

Dieses parallele Leid hätte Raum für Empathie schaffen sollen. Stattdessen wurde es als Waffe eingesetzt. Demonstranten in Israel, die einen Waffenstillstand und eine Geiselerklärung forderten, wurden ignoriert oder abgewiesen. Familien israelischer Geiseln, einschließlich Persönlichkeiten wie Haim Rubinstein, warfen der Netanjahu-Regierung öffentlich vor, ihre Angehörigen für politische Vorteile zu opfern.

Verpasste Gelegenheit und politisches Versagen

Ein Ausweg aus diesem Abgrund existierte. Im Oktober 2023 boten Hintergrundverhandlungen unter der Leitung von Gershon Baskin, vermittelt durch Katar und Hamas-Kontakte, einen tragfähigen Rahmen für eine gegenseitige Freilassung. Doch die Hardliner-Regierung Netanjahus, dominiert von Ultranationalisten wie Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich, lehnte diese Vorschläge ab. Oren Setter, damals ein wichtiger Beamter in den Geiselerhandlungen, trat aus Protest gegen die verpasste Gelegenheit zurück.

Dies war kein taktischer Fehler – es war ein moralisches Versagen. Die Priorisierung militärischer Eskalation über eine humanitäre Lösung hat weder Israelis noch Palästinenser befreit. Es hat den Schmerz vertieft, weitere Radikalisierung vorangetrieben und die Nutzung von Gefangenen als Kriegswaffen verfestigt.

Den Kreislauf durchbrechen

Das Ende dieses Kreislaufs beginnt nicht mit Luftangriffen oder Geiselrettungen, sondern mit dem Abbau der Strukturen, die sie notwendig gemacht haben. Israel muss sein System der willkürlichen Inhaftierung und Militärgerichte abschaffen – Praktiken, die den Rechtsstaat zerstören und gewaltsame Vergeltung hervorrufen. Ohne diese zentrale Ungerech-

tigkeit anzugehen, wird jeder vorübergehende Waffenstillstand oder Austausch lediglich den nächsten Zyklus von Entführungen und Blutvergießen verzögern.

Gerechtigkeit kann nicht selektiv sein. Dieselben Prinzipien, die die Geiselnahme durch die Hamas verurteilen, müssen auch Israels willkürliche, außergerichtliche Inhaftierung von Zivilisten ablehnen. Solange beide Formen der Gefangenschaft nicht abgeschafft werden, bleiben beide Völker Gefangene eines Systems, das vom gegenseitigen Leid lebt.